

Schulen und Kitas: SoVD fordert Konzept für den Normalbetrieb

Wie geht es nach den Ferien weiter?

Mit großer Sorge hat der SoVD in Niedersachsen darauf reagiert, dass aufgrund eines aktuellen Infektionsgeschehens mit dem Corona-Virus in Göttingen erneut alle Schulen und einzelne Kitas geschlossen wurden. In einem Schreiben an Kultusminister Grant Hendrik Tonne fordert Niedersachsens größter Sozialverband dringend Konzepte, um künftige Schließungen zu vermeiden.

Der SoVD in Niedersachsen macht in seinem Brief an den Kultusminister deutlich, dass das Recht auf Beschulung und frühkindliche Bildung auch in der Corona-Krise nicht wiederkehrend außer Kraft gesetzt oder vernachlässigt werden darf. „Bei Kleinkindern kommt hinzu, dass eine Rückkehr in die Kita vereinzelt mit einer Eingewöhnung neu beginnen muss, da sich diese wie ein kompletter Neustart anfühlen kann“, heißt es in dem Schreiben.

„Um Kinder nicht regelmäßig aus ihrem vertrauten Alltag zu reißen, braucht es daher dringend Konzepte, um zukünftige Schließungen zu vermeiden“, fordert der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt. Zudem benötigten Familien endlich Planungssicherheit, wie es mit dem Schulbetrieb und der Kinderbetreuung nach dem Ende der Sommerferien weitergehe.

„Es geht darum, Wege zu finden, die einen Regelbetrieb an Schulen auch bei Berücksichtigung der Abstandsregeln ermöglichen“, konkretisiert Sackarendt. Für den Präsenzunterricht böten sich etwa Ausweichlösungen an, bei denen das Lernen statt ausschließlich in Schulen beispielsweise auch in Vereinshäusern, kommunalen Veranstaltungsräumen oder Tagungszentren stattfinden könne.

Sollte dagegen auch weiterhin kein schulischer Regelbetrieb möglich sein, brauche es klare Regeln für das sogenannte Homeschooling – das Lernen zu Hause. Diese könnten etwa eine verpflichtende Teilnahme an Videoschalten mit den Lehrerinnen und Lehrern, die Pflicht zum Erledigen von Aufgaben und eine einheitliche Regelung zur Notenvergabe beinhalten. Außerdem gelte es, etwaige Lernlücken bei leistungs-



Foto: Lennart Helal

Küchentisch statt Schulbank: Das sogenannte Homeschooling gehört zum Alltag in der Corona-Krise.

schwächeren Schülerinnen und Schülern zu schließen – zum Beispiel durch das Angebot von Ferien- oder Wochenendkursen.

Mit Blick auf die Kinderbetreuung in Kitas fordert der SoVD, dass diese allen Kindern offenstehen müsse – unabhängig davon, ob die Eltern

in systemrelevanten Berufen arbeiten oder nicht. „Gerade die Krippenkinder sind für ihre Entwicklung auf Kontakte zu anderen Kindern besonders angewiesen“, betont Sackarendt.

Der SoVD drängt auf eine zeitnahe Lösung. „Gerne beteiligen wir uns an der Erarbeitung

geeigneter Maßnahmen“, bietet der SoVD-Chef an.

Kultusminister Tonne hat inzwischen versprochen, bis zum Ferienbeginn ein Konzept vorzulegen, wie es nach den Ferien weitergehen kann – abhängig von der Entwicklung der Infektionszahlen.

Inklusion: SoVD kritisiert geplante Niedersächsische Verordnung

Luft nach oben beim barrierefreien Internet

Von Bankgeschäften über Mobilität und Verkehr bis hin zu Behördensachen: Die Digitalisierung durchdringt fast alle Lebensbereiche. Eine umfassende Teilhabe aller Menschen ist daher nur möglich, wenn Internetseiten und mobile Anwendungen konsequent barrierefrei gestaltet werden. Dafür soll jetzt eine neue Niedersächsische Verordnung sorgen. Der SoVD sieht den Entwurf jedoch kritisch.

„Die Corona-Krise zeigt einmal mehr, welche zentrale Bedeutung die Digitalisierung hat“, hebt der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt

hervor. „Um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu sichern, ist hier eine konsequent barrierefreie Gestaltung unverzicht-

bar.“ Grundsätzlich begrüßt der SoVD daher den nun vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vorgelegten

Entwurf einer Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik. Diese soll den barrierefreien Zugang zu Webseiten und mobilen Anwendungen der öffentlichen Stellen des Landes regeln.

„In etlichen Punkten erfüllt der Entwurf allerdings nicht die Vorgaben des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes und bleibt damit hinter den Erwartungen der Menschen mit Behinderungen zurück“, kritisiert Sackarendt. „Hier muss dringend nachgebessert werden.“

So fehle es etwa anders als in der entsprechenden Verordnung des Bundes an einer ausdrücklichen Regelung, die mit Blick auf Navigation und Interaktion auf eine höchstmögliche Barrierefreiheit der digitalen Angebote abziele. „Eine solche Regelung ist unverzichtbar und muss dringend auch in die Verordnung für Niedersach-

sen aufgenommen werden“, so Sackarendt. Völlig inakzeptabel sei zudem, dass die Verantwortlichen dem Entwurf zufolge ein Jahr Zeit hätten, um der Überwachungsstelle mitzuteilen, wann sie festgestellte Missstände beseitigen werden. „Das ist ein Verstoß gegen das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz und bindende europarechtliche Regelungen“, stellt Sackarendt klar. Missstände seien danach unverzüglich zu beseitigen, die Mitteilung an die Überwachungsstelle müsse entsprechend kurzfristig erfolgen. Weiterhin fordert Niedersachsens größter Sozialverband die Verpflichtung öffentlicher Stellen, bei Web-Auftritten Informationen in Deutscher Gebärdensprache und in Leichter Sprache aufzunehmen.

„Bei allen aktuellen Herausforderungen darf die Inklusion nicht hintenüberfallen“, mahnt der SoVD-Chef.



Foto: Stefanie Jäkel

Neues Paragrafenwerk: Die Niedersächsische Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik soll die digitale Barrierefreiheit voranbringen – der SoVD hat den Entwurf kritisch beleuchtet.